



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 28. Januar 2015

Seite:
140

Vorsitz	Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP)	
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II	
Präsenz	19.00 Uhr	35 Mitglieder
Entschuldigungen	Marcel Mösch (SP) Christian Locher (SVP) Pascal Schlegel (SVP) Bruno Schmid (SVP) Bruno Kaufmann (FDP)	
Versand	06. Mai 2015	
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 01. Juni 2015 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.	



Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP), eröffnet die 236. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen.

Vor dem offiziellen Beginn der Sitzung übergeben Joya Kirchhofer und Ruben Pais, Co-Präsidium Jugendkommission, dem Einwohnerrat eine Petition.

Joya Kirchhofer: Wir haben bei 444 Schülern Unterschriften gesammelt, wir freuen uns, die Petition mit 400 Unterschriften einreichen zu können.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Vielen Dank für die Übergabe der Petition betreffend offene Jugendarbeit. Ich lade ein, die Debatte im Einwohnerrat zu verfolgen und die im Gesamtkontext gefällten Entscheide wahrzunehmen und umzusetzen. Ich danke für das grosse Engagement und wünsche weiterhin viel Freude und Spass in der Jugendarbeit. Der Einwohnerrat wird dieses Geschäft ernstnehmen, die Inhalte der Botschaft beurteilen und Entscheide fällen.

Inpflichtnahme von Marc Keller (CVP) als Mitglied des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2014/2017

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP) nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 in Pflicht:

Marc Keller (CVP)

Traktandenliste:

- | | | |
|----|---------|--|
| 1 | | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | 2015.05 | Liegenschaften Verwaltungsvermögen; Verkauf Feuerwehrlokal |
| 3 | | Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes: |
| 31 | 2015.06 | Avni und Hanife Murati, Bosnien |
| 32 | 2015.07 | Donato Latorre und Rosa Sorice, Italien |
| 33 | 2015.08 | Vlora Kyreziiu, Kosovo |
| 34 | 2015.09 | Zenel Murati, Kosovo |
| 4 | 2015.03 | Jugendtreff; Verpflichtungskredit Offene Jugendarbeit |

- 5 2015.04 Regionales Jugendkonzept; Verpflichtungskredit
- 6 2015.12 Kreditabrechnung Abfallsammelstelle Fehlmannmatte
- 7 2015.10 Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
- 8 2015.11 Ersatzwahl Präsidium Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
- 9 2015.02 Motion Christian Locher (SVP) betreffend Projektbezogenes Qualitätsmanagement; Überweisung
- 10 2015.01 Motion Robert Kamber (FDP) betreffend Wirtschaftliche Gesundung der Gemeinde Windisch; Überweisung
- 11 Beantwortung von gestellten Fragen
- 12 Mitteilungen des Gemeinderates
- 13 Neueingänge

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP):

Doppelsitzungen

Das Einwohnerratsbüro hat die Organisation der Doppelsitzungen diskutiert. Um inskünftig Missverständnisse zu vermeiden, ob es eine oder zwei eigenständige Sitzungen sind, gelten Doppelsitzung in Zukunft als eine Sitzung. Das Vorgehen für die Einreichung von dringlichen Vorstössen ist somit geklärt.

Protokoll

Zum Protokoll der 233. Sitzung vom 25. Juni 2014 sind keine Ergänzungs- oder Änderungsanträge eingereicht worden. Es gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

2 2015.05

Liegenschaften Verwaltungsvermögen; Verkauf Feuerwehrlokal

(gemeinderätliche Botschaft vom 24. November 2014)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Am Verkauf des Feuerwehrlokals sind vier Partner beteiligt: Verein Alterswohnungen, Raiffeisenbank, Feuerwehr Windisch-Hausen-Habsburg und die Gemeinde. Das Vertragswerk beinhaltet mehrere Verbindlichkeiten und Abhängigkeiten. Das Geschäft wurde während den letzten drei Jahren intensiv bearbeitet. Der Gemeinderat war offen für alle Varianten, Priorität hatten der Erhalt der Bank und damit die Stärkung des Zentrums. Wichtigster Partner ist der Verein Alters-

wohnungen. Dieser besitzt einen Baurechtsvertrag mit sehr guten Konditionen. Während 80 Jahren beträgt der Zins Fr. 2'000.00/Jahr. Es musste eine Lösung gefunden werden, die von allen Mitgliedern mitgetragen wird. Der Vorstand hat immer deutlich kommuniziert, dass dem Verein keine Nachteile entstehen dürfen. Mit der vorliegenden Lösung sind alle beteiligten Partner einverstanden.

Kurz vor der Einwohnerratssitzung vom 22. Oktober 2014 wurde der Gemeinderat mit der Aussage konfrontiert, dass die Bank auch einem Kauf im Baurecht zustimmt. Der Gemeinderat hat deshalb das Traktandum zurückgezogen und nochmals Rücksprachen und Abklärungen getätigt. An der Aussprache vom 27. Oktober 2014 war auch ein Fraktionsvertreter der SP anwesend. Sowohl die Raiffeisenbank, wie der Verein Alterswohnungen haben an ihren Absichtserklärungen festgehalten, Kauf bzw. Verkauf der Lokalitäten inkl. Land und Auflösung des Baurechtes.

Die Raiffeisenbank will ihre Räumlichkeiten vergrössern. Nur durch den Kauf der Lokalitäten inkl. Land lassen sich die grossen anfallenden Investitionen rechtfertigen. Die Nachfrage nach günstigen Alterswohnungen ist gross. Eine Finanzierung in Zentrumsnähe ist durch den Verein nicht möglich. Er benötigt Kapital um als Bauherrin im Unterdorf ein neues Projekt mit günstigen Alterswohnungen und einem Quartierladen zu realisieren. Die Feuerwehr stellt das TLF und den Personentransporter mit Leiter im alten Magazin ein. Beide Fahrzeuge werden in absehbarer Zeit aus dem Verkehr gezogen und nicht ersetzt. In Hausen soll das Magazin durch zwei Fertiggaragen erweitert werden. Im Zentralmagazin sind somit keine grossen Investitionen notwendig. Die Auflösung des Baurechtsvertrages und der Verkauf des Magazins entsprechen der Immobilienstrategie des Gemeinderates. Der ganze Vorplatz bleibt im Eigentum der Gemeinde. Mit den geplanten Handänderungen und der Bildung einer Stockwerkeigentümerschaft geht der Verein Alterswohnungen mit der Raiffeisenbank eine neue langfristige Partnerschaft ein. Die Wertschöpfung bleibt in unserer Gemeinde, alle profitieren. Die Raiffeisenbank soll ihre Dienstleistungen weiterhin in Windisch anbieten. Die Gemeinde nimmt Einsitz im Bankrat und die Kunden können Anteilscheine zeichnen. Der Verein Alterswohnungen ist gemeinnützig. Gemeinderat Christoph Haefeli ist Mitglied des Vorstandes und alle Einwohner unserer Gemeinde können Mitglied des Vereins werden und mitbestimmen. Es geht um die Stärkung unseres Zentrums und die Zukunft. Der Gemeinderat bittet den Anträgen zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten

Detailberatung

David Roth (SP): Dieses Geschäft beinhaltet mehr, als der Titel aussagt. Neben dem Feuerwehrlokal werden auch das Land und die Ausnützung des Vorplatzes verkauft. Dies erfordert weitere zusätzliche Vereinbarungen. Der Verkauf des Feuerwehrlokals ist für unsere Fraktion unbestritten. Trotzdem weisen wir das Geschäft zurück, weil wir mit dem Landverkauf nicht einverstanden sind. Alle Fakten sprechen für die Weiterführung des Baurechtes. Der Gemeinderat begründet den Verkauf mit der Immobilienstrategie. Dieser Landverkauf entspricht nicht der Strategie, er ist eine Schenkung an den Verein Alterswohnungen. Der Sinn kann diskutiert werden, der Verein erfüllt eine wichtige Aufgabe. Nicht richtig ist, dass auch die Bank von dieser Schenkung profitiert. Der Vorplatz bleibt im Eigentum der Gemeinde und ist Teil eines Gestaltungsplanes. Mit dem bestehenden Gebäude ist die Parzelle vollständig ausgenützt, der Vorplatz leeres Eigentum. Ohne bauliche Ausnützung hat er keinen Wert. Der Vorplatz kann auch verschenkt werden, dann muss er nicht mehr unterhalten und gereinigt werden. Die Parkplätze gehören der Gemeinde. Gemäss Gestaltungsplan haben die Post, die Bank, der Verein Alterswohnungen und die Wohnungen über den Geschäftsräumlichkeiten das Nutzungsrecht. Die Parzelle umfasst 965 m². Bauland dieser Güteklasse hat einen Marktwert von ca. 1 Million Franken. Konservativ etwas weniger, progressiv etwas mehr. Der Nutzen dieses Landes soll für Fr. 470'000.00 verkauft, bzw. grösstenteils verschenkt werden. Das bestehende Baurecht reduziert den Marktwert im Moment, nicht jedoch in Zukunft. Nach 30 Jahren hat die Liegenschaft ihre Lebensdauer erreicht und die Situation muss neu beurteilt werden. Die nachfolgenden Generationen sind uns dankbar, wenn wir mit dem Verein Alterswohnungen und der Bank einen neuen Baurechtsvertrag abschliessen.

Matthias Treier (FDP): Gemeinderat Max Gasser hat auf die positiven Punkte hingewiesen. Die Botschaft informiert gut über die Details, weitere Infos haben wir per Mail erhalten. Wir befürworten dieses Geschäft, das Zentrum wird gestärkt. Die Raiffeisenbank ist ein seriöser, vertrauenswürdiger Investor. Die Bank geniesst einen guten Ruf. Der Umgang mit dem Land ist seriös, Windisch benötigt weiterhin eine Bank. Die Dienstleistungen einer Bank gehören zu den Grundbedürfnissen der Bevölkerung. Was nützt eine Finanzstrategie, wenn wir sie nicht umsetzen? Diese wurde mit dem Ziel erarbeitet, die Entwicklung der Finanzen in die richtige Richtung zu lenken. Es ist keine Schenkung. Die Festlegung des Landwertes ist nicht ganz einfach, deshalb wurde die Firma Aarbrugg damit beauftragt. Die Meinungen über den m²-Preis gehen auseinander.

der. Eine grüne Wiese hat einen anderen Wert, als überbautes Land mit einer Altliegenschaft und einem Feuerwehrlokal. Das Gefühl trägt, das Land werde zu günstig abgegeben. Wir können davon ausgehen, dass die Schätzung der Aarbrugg realistisch ist. Baurechtsverträge sind nicht mehr zeitgemäss. Dies zeigt der bestehende Vertrag: Obwohl auf 80 bis 100 Jahre abgeschlossen, wird er bereits wieder aufgelöst. Baurechtsverträge verhindern die Planungssicherheit, die Flexibilität geht verloren. Wir empfehlen das Geschäft, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, anzunehmen und davon abzusehen, dieses nochmals zu ändern. Die Bank will keinen neuen Baurechtsvertrag.

Algimantas Gegeckas (CVP): Vor 20 Jahren hat die Raiffeisenbank den Platz der NAB eingenommen. Diese hat die Filiale in Windisch einfach geschlossen. Die Raiffeisenbank hält am Standort Windisch fest. Der ausgehandelte Vertrag mit dem Verein Alterswohnungen, der Raiffeisenbank und der Gemeinde ist sehr komplex und ein Gesamtpaket. Es ist nicht möglich, einen Teil neu zu bestimmen. Man kann den Preis als Geschenk oder als normal definieren. Mit den Berechnungen der Firma Aarbrugg AG sind alle Partner einverstanden. Die nach langen Verhandlungen gefundene Lösung wird als fair eingestuft. Sie soll nun nicht einfach vernichtet werden. Der Vertrag ist sozial und bringt auch der Gemeinde einen Nutzen. Der Verein Alterswohnungen bietet als soziale Institution günstige Wohnungen an. Der Grund für den sehr günstigen Baurechtszins, der Verein sollte günstige Alterswohnungen bauen und den älteren Menschen ermöglichen in Windisch zu bleiben. Wir empfehlen die Annahme der Vorlage.

Marco Valetti (SVP): Auch wir befürworten dieses Geschäft, viele Argumente wurden bereits erwähnt. Als Unternehmer spreche ich einen weiteren Punkt an: Die Raiffeisenbank bezahlt als Unternehmen Steuern in Windisch. Es kann einerseits nicht dauernd verlangt werden, Unternehmen nach Windisch zu holen, andererseits verweigert man einem Unternehmen die Expansion und die Sicherung des Standortes. Aarbrugg ist eine seriöse Unternehmung. Diese hat den Preis marktgerecht festgesetzt. Vier Partner mussten sich auf eine Lösung einigen. Weisen wir die Botschaft zurück, stehen die Verhandlungen wieder am Anfang. Das wird nicht einfach, es wird ein Kauf und nicht ein Baurechtsvertrag bevorzugt. Für die Bankräumlichkeiten einen anderen Käufer zu finden, dürfte nicht einfach sein.

Martin Schibli (EVP): Dieses nicht ganz einfache Geschäft hat uns gefordert. Wir beglückwünschen, dass die Raiffeisenbank in Windisch bleibt und ihre Räumlichkeiten erweitern

will. Die Unterstützung des Vereins Alterswohnungen durch die Gemeinde finden wir gut. Verschiedene Fragen können nicht so einfach beantwortet werden. Der Einwohnerat hat dieses Geschäft nicht zurückgewiesen, der Gemeinderat hat es zurückgezogen. Hat der Gemeinderat jemals geprüft, den Gemeindeanteil der Parzelle ebenfalls zu verkaufen? Gibt es Gründe weshalb dies nicht möglich war? Im Sinne der Finanzstrategie könnten mit dem Verkauf der Gemeindeparzelle alle Verflechtungen aufgelöst werden.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Den Vorplatz zu verkaufen wäre ein Fehler. Eine Hälfte des Platzes nutzt die Gemeinde, zudem beinhaltet sie einige Parkplätze. Die andere Hälfte ist die Einfahrt für die Feuerwehrautos. Hier dürfen keine Autos anhalten oder parkieren. Für das Gemeindepersonal wurden deshalb auf der Seite provisorisch Parkplätze markiert. Der Vorplatz bietet die Möglichkeit, für das Gemeindehaus, die Post und Bank weitere Parkplätze zu schaffen, andererseits einen kleinen Marktplatz zu gestalten. Es gilt dem wichtigen, zentralen Platz vor dem Gemeindehaus Sorge zu tragen. Die Einstellhalle ist nur ein Rohbau, nicht isoliert, unbeheizt und ohne sanitäre Einrichtungen. Diese wird zu einem Bruttopreis von Fr. 420'000.00 verkauft. Von einem Geschenk kann keine Rede sein. Dieser Preis stützt sich auf die Schätzung der Aarbrugg ab. Der Landpreis wurde mit Fr. 1'100.00/m² eingesetzt. Dieser ist für die Berechnung des Verkaufspreises nicht massgebend. Auf diesem werden der Markt- und Berechnungswert abgestützt, was die Liegenschaft abwirft. Die Liegenschaft ist ein Baukörper, welcher bei der Post endet. Die Tiefgaragen sind unterirdisch durchgezogen. Auf der einen Seite sind einzelne Stockwerkeigentümer. Der Baurechtsvertrag umfasst nur die Parzelle 2853, inkl. Rasen gegen die Hauserstrasse. Das Feuerwehrmagazin ist nicht Bestandteil des Baurechtsvertrages. Es ist ab parzelliert, was die Sache verkompliziert. Ein solcher Vertrag würde heute nicht mehr abgeschlossen. Ich will nicht drohen, trotzdem ist diese Information wichtig. Die Raiffeisenbank hat die Räumlichkeiten fristgerecht per 31. Dezember 2015 gekündigt. Der Entscheid des Einwohnerrates wird akzeptiert, die Erweiterung aber nicht weiter verfolgt. Während drei Jahren wurden intensiv alle Varianten geprüft und diskutiert. Die Bank drängt, sie prüft auch andere Lokalitäten und Möglichkeiten und will entscheiden. Mit der Rückweisung dieses Geschäftes ist es endgültig gescheitert.

Reto Candinas (SP): Über die Bedeutung der Bank und des Vereins wurde viel gesprochen. Der Inhalt dieses Geschäftes ist sehr komplex. Die Parzelle 2815 hat eine Grundfläche von knapp 1'000 m². Für den nicht überbauten Zustand wurde ein Preis von Fr. 1'100.00/m² geschätzt, was ca. 1 Mio. Franken entspricht. Diese Rechnung ist nicht

ganz einwandfrei. Ein Teil des Vorplatzes kann nicht überbaut werden. Die Gesamtausnutzung liegt aber nicht nur auf dem überbauten Teil, ob dies nun eine Million oder Fr. 800'000.00 sind. Grundsätzlich wurde die Desinvestitionsstrategie beschlossen. Aber es bereitet mir Mühe, diese mit einer teilweisen Schenkung zu koppeln. Dieses Areal hat einen wesentlich höheren Wert. Ich verstehe diese Schenkung nicht. Geschäfte mit wesentlich geringeren Beträgen werden zurückgewiesen, hier werden Geschenke verteilt. Die Aussage, dass das Baurecht nicht zeitgemäss sei, verwundert mich. Die Stadt Baden besitzt viel Land und gibt seit Jahren alles im Baurecht ab. Dieses Argument ist nicht stichhaltig.

David Roth (SP): Eine Ergänzung zum Votum von Martin Schibli betreffend Vorplatz. Das Problem ist, dass mit einem Verkauf des Gemeindeanteils die grosse Parzelle zerstückelt wird und eine Nutzung schlecht möglich macht, sowohl durch die Eigentümer, als auch die Gemeinde. Weshalb man in diesem Zusammenhang von einer Stärkung des Zentrums spricht, ist für mich unverständlich. Wir haben nichts gegen die Raiffeisenbank, für diese ist es kein Problem dem Baurecht zuzustimmen. Mit der Rückweisung ist diesem Willen Nachdruck zu verleihen.

Abklärungen Ausstandspflicht Peter Vismara (FDP)

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): § 21, Absatz 2 des Geschäftsreglements lautet: „Für Mitglieder der Verwaltung und der Direktion von Gesellschaften mit juristischen Persönlichkeiten sowie für Mitglieder von Personengesellschaften gilt die gleiche Ausstandspflicht wenn ein Verhandlungsgegenstand die Interessen der von ihnen vertretenen Gesellschaften unmittelbar berührt.“

Peter Vismara ist Angestellter der Raiffeisenbank, hat aber keine Funktion als juristische Person inne. Es besteht deshalb keine Ausstandspflicht.

Offene Abstimmung Rückweisungsantrag SP

Der Rückweisungsantrag wird mit 17 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Einwohnerrat stimmt mit 19 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :



Der Einwohnerrat stimmt der Auflösung des Baurechtsvertrages vom 25. Februar (Eingangdatum) und dem anschliessenden Verkauf der Baurechtsparzelle Parzelle 2853 an den Verein mit einem Preis von CHF 50'000.00 zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 19 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt dem Verkauf des Feuerwehrlokals an die Bank inklusive Land mit einem Preis von CHF 420'000.00 zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat die Transaktionen, vorbehältlich der Zustimmung der Entscheidungsinstanzen des Vereins und der Bank, vertraglich zu regeln und abzuschliessen.

3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes

31 2015.06

Avni und Hanife Murati, Bosnien

(gemeinderätliche Botschaft vom 01. Dezember 2014)

Bernhard Stüssi (SVP): Ich begrüsse die Einbürgerung von Avni und Hanife Murati und hoffe, dass die Einbürgerung beschlossen wird. Ich bemängle an dieser Stelle, dass aufgrund unterschiedlicher Länderangaben in der Traktandenliste und in der Botschaft nicht klar ist, aus welchem Land die Familie stammt. Ich bitte diesen Details mehr Beachtung zu schenken.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Avni und Hanife Murati und ihren Kindern Elton und Eriona wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

32 2015.07

Donato Latorre und Rosa Sorice, Italien

(gemeinderätliche Botschaft vom 01. Dezember 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Donato Latorre und Rosa Sorice und ihren Kindern David und Noemi wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

33 2015.08

Vlora Kyreziu, Kosovo

(gemeinderätliche Botschaft vom 01. Dezember 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Vlora Kyreziu und ihrer Tochter Lina wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

34 2015.09

Zenel Murati, Kosovo

(gemeinderätliche Botschaft vom 01. Dezember 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Zenel Murati und seinem Sohn Dijar wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

4 2015.03

Jugendtreff; Verpflichtungskredit Offene Jugendarbeit

(gemeinderätliche Botschaft vom 08. Dezember 2014)

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Im Rahmen der Budgetberatung können Ausgaben einfach und problemlos mit unbegründeten Anträgen verändert werden. Demokratisch ist dies korrekt, sachlich oft nicht ausgewogen und vor allem nicht ausdiskutiert. Im Oktober hat der Einwohnerrat das Budget der Offenen Jugendarbeit um den Lohn des Praktikanten, Fr. 30'000.00, gekürzt. Dieser ist mit einem Pensum von 60% angestellt. Mit dieser Lohnkürzung verfügt die Jugendarbeit nur noch über das 50%-Pensum der Jugendarbeiterin. Mit diesem Pensum kann in Windisch keine sinnvolle, offene Jugendarbeit mehr betrieben werden. Für den Gemeinderat ist es deshalb legitim, nochmals auf diesen Posten zurückzukommen. Mit einer Botschaft kann er die Hintergründe besser aufzeigen, wie die Entwicklung in den letzten Jahren. Nach diversen Auf und Ab hat die Jugendarbeiterin Nina Forte Ruhe und Konstanz in die Jugendarbeit gebracht und eine positive Entwicklung ausgelöst. Seit einem halben Jahr wird sie vom Praktikanten Mani Hamzawi mit einem 60%-Pensum unterstützt. Dies entspricht rund einem 20%-Pensum einer Fachperson. Bereits vorher haben wir mit einem Praktikanten Erfahrungen gesammelt, welcher in Kombination mit einer Anstellung im Sozialdienst 20-30% für die Jugendarbeit gearbeitet hat. Die Erfahrungen sind sehr positiv und die Angebote für die Jugendlichen konnten ausgebaut werden. Das Praktikum von Mani

Hamzawi dauert bis Ende Februar, anschliessend studiert er weiter. Die Weiterführung der Praktikumsstelle ist uns wichtig. Total sind es 80 Stellenprozente, diese sind seit 2006 bewilligt und sinnvoll. Ohne Praktikant ist 2015 und in den Folgejahren nicht mehr viel möglich. Gerne gehe ich auf die Zusammenstellung der Botschaft ein. In der Leitung sind nicht mehr beide Geschlechter vertreten. Es ist wichtig, dass Buben und Mädchen eine Bezugsperson wählen können. Die aufsuchende Jugendarbeit wird nicht mehr möglich sein. Die zwei Jugendarbeiter sind im Moment jede Woche 2 bis 3 Stunden in Windisch unterwegs, um mit Jugendlichen an ihren Lieblingsorten ins Gespräch zu kommen. Eine gute Möglichkeit, die Jugendlichen in den Treff einzuladen. Es gibt grössere Projekte, wie die Disco am Jugendfest, oder das Badifest, welches buchstäblich ins Wasser fiel, und viele kleine Projekte, wie Geburtstagspartys, Spielnachmittage, Filmabende usw. welche von den Jugendlichen durchgeführt werden. Die Jugendarbeiterin hilft beim Vor-, aber auch beim Nachbereiten. Die Jugendtreffleiterin ist in diesen Fällen auf Pikett und muss nicht im Treff anwesend sein. Ein Bedürfnis ist der Aufbau eines Mädchentreffs. Ein spezielles Mädchenangebot an einem Abend könnte gestartet werden. Die Jugendkommission hat die Jugendarbeit in den letzten zwei Jahren aktiv unterstützt. Mehrheitlich arbeiten Jugendliche in der Kommission mit, sie sind alle anwesend. Ich bitte auch im Namen der Jugendlichen um die Weiterführung der Praktikumsstelle. Diese sind top motiviert und sehen grosse Chancen, dass sie Jugendliche mit wenig Orientierung oder Bindung, mit dem Angebot des Jugendtreffs ansprechen und vielleicht sogar für eine Mitarbeit gewinnen können. Der Einwohnerratsbeschluss wurde nicht einfach hingenommen, die Jugendlichen sind aktiv geworden. Sie haben mit einem Schreiben, dem Besuch in den Fraktionen und der Petition ihrem Willen Ausdruck gegeben. Die Jugendlichen haben es erwähnt, dieses Geld ist gut investiert, die Jugend ist unsere Zukunft. In diesem Sinne bitte ich den Einwohnerrat dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Maja Haus (SP): Die Praktikantenstelle wurde im Oktober diskussionslos gestrichen. Wir sind nicht überzeugt, ob sich der Einwohnerrat der Tragweite dieses Entscheids bewusst war. Wir sind froh, dass der Einwohnerrat nochmals über diese Kosten befinden kann. Auf den ersten Blick entsteht der Eindruck, dass die Löhne für die Jugendarbeit von 2014 auf 2015 stark angestiegen sind. Dies ist nicht so, weil 2014 ein Mitar-

beitender des Sozialdienstes mehrheitlich für die Jugendarbeit gearbeitet hat. Diese Lohnkosten sind 2014 beim Sozialdienst enthalten. Die Kürzung der finanziellen Mittel ist nicht einfach eine Rückkehr zum Status Quo, es ist ein Abbau der Jugendarbeit. Die ausgebildete Jugendarbeiterin mit einem Pensum von 50% arbeitet eng mit dem Praktikanten zusammen. Eine perfekte Lösung für Windisch. Der Praktikant hat viel Zeit, erhält jedoch nur 20% Lohn. Ohne Praktikant fehlt der Jugendarbeiterin ein wichtiger Ansprechpartner. Die Konsequenzen für die Jugendarbeit wurden erwähnt, so auch im gelben Brief, den wir erhalten haben. Ich erwähne einige Punkte: Kleinere und grössere Projekte sind nicht mehr möglich, die Mädchenarbeit ist nicht möglich. Die Jugendarbeit beschränkt sich noch auf die Öffnung des Jugendtreffs während einigen Stunden am Mittwochnachmittag. Für eine Gemeinde in der Grösse von Windisch ein sehr schwaches Angebot. Aufgrund ihres Alters können die meisten Jugendlichen noch nicht wählen und mitbestimmen. Schade, werden Entscheide einfach über die Köpfe der Jugendlichen hinweg gefällt, ohne die Konsequenzen zu überlegen. Glücklicherweise haben sich unsere engagierten Jugendlichen selbst zu Wort gemeldet. Einige sind in der Jugendkommission, die anderen haben mit ihrer Unterschrift gezeigt, was sie wollen. Die SP-Fraktion bittet, das Engagement der Jugendlichen in Windisch nicht zu behindern. Eigeninitiative ist sehr wertvoll. Der Beitrag für die Jugendarbeit ist im Verhältnis zu anderen Geschäften sehr klein.

Philipp Umbricht (FDP): Der Gemeinderat umschreibt die auf Antrag der FDP zustande gekommene Situation. Wir, und wohl auch die anderen Fraktionen, haben diesen Entscheid bewusst gefällt. Der demokratische Entscheid ist vorschriftsgemäss erfolgt, in der Volksabstimmung im November wurde er bestätigt. Aufrufe, das Budget abzulehnen, sind keine erfolgt.

Uns fehlt das Verständnis für die beiden Botschaften Jugendarbeit und Regionales Jugendkonzept. Der Gemeinderat akzeptiert einen korrekt gefällten Entscheid nicht und wir müssen diese Vorlagen diskutieren.

Ich muss der SP widersprechen: Es geht nicht um die Verlängerung, die Praktikantenstelle wird neu geschaffen. Bis jetzt war dafür kein Geld im Budget, trotzdem ist die Stelle besetzt. Nur mit dem Budget beschlossene Mittel dürfen ausgegeben werden. Budgetiertes Geld für Mitarbeitende im Sozialdienst, muss für diese eingesetzt werden. Für die Jugendarbeit gesprochene Mittel, dürfen nur für die Jugendarbeit verwendet werden. Wir bauen nicht eine Stelle ab, sondern schaffen eine neue. Die Aussage, dass dem Flieger mit diesem Entscheid das Benzin ausgeht, ist falsch. Der Flieger hat mehr Treibstoff im Tank als letztes Jahr. Die Kosten für die Jugendarbeit sind im Budget

2015, trotz Reduktion durch den Einwohnerrat, immer noch höher als 2014. Jugendarbeit war 2013 und 2014 möglich, deshalb genügen die Mittel auch für 2015. Die Reduktion bewirkt, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Der Einwohnerrat hat seinen Entscheid mit diesem Bewusstsein gefällt. Mit einem budgetierten Defizit von Fr. 400'000.00 kann man nicht von einer starken Gemeinde sprechen. Unsere Mittel sind sehr beschränkt. Der Entscheid der Nationalbank kann sich auf den Steuerertrag auswirken, dann sieht unsere Zukunft noch weniger positiv aus. Die SP unterbreitet Fragen zu den Auswirkungen der Leistungsanalyse. Tendenziell dürfte diese die Gemeinden noch mehr belasten, wahrscheinlich bereits 2015. Es geht nicht um die Frage, ob die Jugendarbeit eine gute Sache ist. Die Frage ist, können wir uns die Jugendarbeit in diesem Rahmen leisten. Unsere schlechte Finanzlage verlangt, dass wir bei den Ausgaben Prioritäten setzen. Der Einwohnerrat hat mit dem Budgetbeschluss seine Wahl getroffen. Wir sehen keinen Grund, von diesem Beschluss abzuweichen und lehnen den beantragten Kredit ab.

Ruedi Kümin (EVP): Wir können uns die Jugendarbeit leisten. Nicht leisten können wir uns, die Schuldensanierung auf Kosten der Jugendlichen auszutragen. Das Engagement der ehrenamtlich mitarbeitenden Jugendlichen beeindruckt mich. Innerhalb weniger Tage wurden an der Oberstufe 400 Unterschriften gesammelt, was die Wichtigkeit der offenen Jugendarbeit mehr als belegt. Beinahe alle Mitglieder der Kommission sind anwesend und stehen auch physisch für ihre Arbeit ein. Diejenigen Fraktionen, welche den Mut hatten, sind mit den Jugendlichen ins Gespräch gekommen. Wollen wir das Engagement dieser Jugendlichen tatsächlich kappen? Die logische Folge der Budgetkürzung. Freiwillige müssen betreut werden, die Verantwortung für die Jugendarbeit muss aber in professionellen Händen liegen. Aufsuchende Jugendarbeit, welche die Jugendlichen ausserhalb der Vereine erreichen will, kann nicht an ehrenamtliche Freiwillige delegiert werden. Für diese Aufgabe braucht es Profis. Grossprojekte, wie beispielsweise Midnightsports mit 50 bis 60 Jugendlichen, müssen von Profis begleitet werden, damit bei einem Notfall richtig reagiert werden kann. Um auf die persönlichen Probleme von Mädchen und Buben eingehen zu können, braucht es eine Frau oder eben einen Mann. Ein Beispiel: Wenn wir Männer Probleme mit der Prostata haben, gehen wir auch lieber zu einem Mann, als zu einer Frau. Diesen Herausforderungen muss sich die offene Jugendarbeit stellen. Mit dieser Praktikumsstelle kann dies gut gelöst werden, gleichzeitig wird die Arbeit der Ehrenamtlichen gestärkt. Unsere jungen Mitbewohner von Windisch haben dies mehr als verdient. Wir stimmen dem Kredit zu.

Bernhard Stüssi (SVP): Viele Argumente wurden bereits erwähnt. Scheinbar wird den Jugendlichen suggeriert, dass ohne Praktikumsstelle die Aktivitäten reduziert und die Kommission aufgelöst werden müsse. Die Jugendlichen können sich auch ohne diese zusätzliche Praktikumsstelle beschäftigen. Es braucht einen Jugendarbeiter, da gehe ich mit Ruedi Kümin einig. Diese Stelle ist nicht in Frage gestellt, für die offene Jugendarbeit genügt diese. Ein Verein, dem nur Freiwillige angehören, kann auch Anlässe durchführen. Natürlich lässt sich die Jugendarbeit nicht ganz mit einem Vereinsanlass vergleichen. Aber wie erwähnt, die Stelle des Jugendarbeiters steht ja nicht zur Diskussion. Etwas verärgert bin ich, weil ursprünglich 80% für eine Stelle beantragt wurde. Jetzt werden plötzlich zwei Personen benötigt, eine mit 50%, die andere mit 30%. Wir lehnen den beantragten Kredit ab.

Barbara Scheidegger (CVP): Wir finden es richtig, dass die offene Jugendarbeit im bisherigen Rahmen weitergeführt werden kann. Seit 10 Jahren diskutieren wir bei der Jugendarbeit immer wieder über Sparübungen. Eine Mehrheit hat sich jeweils für das Weiterbestehen der Jugendarbeit ausgesprochen und die Mittel bewilligt. Zu Beginn haben wir ein Pensum von 70% bis 80% bewilligt. Es ist nicht unsere Aufgabe, über die Aufteilung dieses Pensums Vorschriften zu machen. Wenn die Möglichkeit besteht, eine Jugendarbeiterin mit 50% und einen Praktikanten mit 30% einzustellen, soll die Jugendarbeit so weitergeführt werden. Mit den Ausgaben von über Fr. 100'000.00 zeigen wir, dass uns die Jugendarbeit wichtig ist. Jugendliche, Buben oder Mädchen, welche nicht in einem Verein integriert sind, erhalten eine Plattform, Erfahrungen zu sammeln, Anlässe zu organisieren, sich zu engagieren oder einfach Kontakte zu knüpfen. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, diese wichtigen Erfahrungen zu sammeln. Die dauernden Diskussionen im Einwohnerrat über die Jugendarbeit zeigen, dass sich die professionellen Jugendarbeiter und die Jugendlichen einsetzen und zeigen müssen, dass sie das finanzielle Engagement der Gemeinde schätzen. Diese Praktikantenstelle muss den Jugendlichen einen Nutzen bringen. In diesem Sinne stimmen wir dem Kredit zu.

Reto Candinas (SP): Wiederholt wurde die Wichtigkeit der Jugendarbeit betont. Sehr fraglich finde ich, dass ausgerechnet diejenige Fraktion den Kredit ablehnt, welche vorher eine Schenkung von Fr. 400'000.00 bis Fr. 500'000.00 bewilligt hat.

Ilaz Kadriji (SP): Unsere Jugend ist unsere Zukunft. Hier dürfen wir nicht sparen. Die professionelle Betreuung der Jugendlichen ist wichtig. Sie brauchen einen Treffpunkt, wo sie über ihre Probleme und ihre Meinungen diskutieren können.

Algimantas Gegeckas (CVP): Ich bitte zu bedenken, Philipp Umbricht hat darauf hingewiesen, dass kein Parkinson-Effekt entsteht. Parkinson ist eine Schüttel- und Zitterkrankheit. Die Parkinson die ich meine, ist die britische Verwaltung. Vom 1. bis zum 2. Weltkrieg hat die Tonnage, die Anzahl Schiffe und Matrosen abgenommen, aber die Verwaltung ist stark gewachsen. Ich bitte zu beachten, dass bei der Jugendarbeit kein Parkinson-Effekt entsteht.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt mit 21 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt dem Verpflichtungskredit von CHF 30'000.00 inklusive Soziallasten für eine Teilzeit- oder Praktikumsstelle der Offenen Jugendarbeit Windisch für das Jahr 2015 zulasten der laufenden Rechnung zu.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Ich bitte die anwesenden Mitglieder der Jugendkommission den Inhalt der Diskussion mitzunehmen und bei der ehrenamtlichen Arbeit zu berücksichtigen. Im Sinne von Algimantas Gegeckas wünsche ich wenig Verwaltungsarbeit und möglichst viel Arbeit an der Front.

Es werden heute Abend Filmaufnahmen für den Neuzuzügerabend gemacht werden. Gewisse Sequenzen aus der Debatte werden verwendet.

5 2015.04

Regionales Jugendkonzept; Verpflichtungskredit

(gemeinderätliche Botschaft vom 08. Dezember 2014)

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dem Einwohnerrat das Regionale Jugendkonzept nochmals vorzulegen, um eine qualifizierte

Auseinandersetzung über den Stellenwert dieser Zusammenarbeit zu ermöglichen. Acht Gemeinden haben während fünf Jahren in diesem Bereich zusammengearbeitet. Der Jahresbericht zeigt die gute Arbeit mehr als eindrücklich auf.

Zum Inhalt der Botschaft: Die Ausführungen über die Anstellung des Jugendarbeiters sind nicht korrekt, bei der Erarbeitung standen uns nur diese Vorgaben zur Verfügung. Mittlerweile wird die Anstellung des Jugendarbeiters der Reformierten Kirchgemeinde Birr geprüft. Die Leistungsvereinbarungen sind noch nicht diskutiert und nicht unterzeichnet. Morgen findet eine Sitzung der übrigen Gemeinden statt, um die Leistungsvereinbarungen zu diskutieren. Beschlüsse wurden noch keine gefasst, die weitere Mitarbeit von Windisch wird stark begrüsst. Ich habe letzte Woche mit Irene Ulmann, Lupfig, und Roger Eichenberger, Hausen, Gespräche geführt. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendarbeiter der Reformierten Kirchgemeinde Birr wurde aufgrund des kurzfristigen, unerwarteten Ausstiegs von Windisch gesucht. Die gute Aufbauarbeit der Projektstelle sollte keinen Unterbruch erleiden, sondern umgehend weitergeführt werden. Der Beschluss über diese Botschaft kommt im richtigen Moment. Es ist möglich, dass wir am Prozess noch mitarbeiten können. Ich bitte deshalb den Verpflichtungskredit zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Pia Stammler (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Kredit für das Regionale Jugendkonzept. Dies ist eine Gemeindeaufgabe, zumal der Anstoss für die Regionalisierung aus dem Einwohnerrat Windisch kommt. In den letzten drei Jahren wurde wichtige Aufbauarbeit geleistet, viele Projekte wurden realisiert. Das Vorgehen der Gemeinden im Eigenamt zeigt, dass sie die Vernetzung der Jugendarbeit mit unverändertem Beitrag weiter vorwärts bringen wollen. Dies beweist, dass die Idee aus Windisch und die bisher geleistete Aufbauarbeit überzeugt haben. Zudem wurde eine Einigung für einen gemeinsamen Kostenbeitrag erzielt. Es ist deshalb absolut unverständlich, dass Windisch als Auslöser des Projektes und als Bittstellerin für mehr Zusammenarbeit in der Region, sich verabschiedet. Der mit der Streichung des Kredites erzielte finanzielle Gewinn steht in keinem Verhältnis zum entstehenden Verlust für die betroffenen Jugendlichen und die weitere regionale Zusammenarbeit.

Bernhard Stüssi (SVP): Besten Dank für den guten und informativen Jahresbericht. Nichts desto trotz lehnen wir auch diesen Kredit ab. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Windisch bei diesem Projekt den Winkelried spielen soll. Die Nachbargemeinden haben sich offensichtlich anders orientiert und regeln ihre Interessen selbst. Es ist deshalb nicht notwendig, dass Windisch wieder den Lead übernimmt. Nicht verständlich ist auch, dass für die Regionalisierung der Jugendarbeit ein externes Büro zugezogen wird.

Barbara Scheidegger (CVP): Wir unterstützen das Regionale Jugendkonzept nicht mehr. Wir anerkennen die Bemühungen der letzten fünf Jahre und die erzielten Ergebnisse, die Jugendarbeit regional zu organisieren. Für uns ist die offene Jugendarbeit in Windisch wichtig. Schulpflichtige Jugendliche besuchen Angebote an ihren Schulstandorten. Sicher besuchen und nutzen Jugendliche aus Birr, Lupfig, Scherz, Habsburg, Mülligen, Anlässe in Windisch. Eine Gegenbewegung findet selten statt. Trotz fünfjähriger Konzeptphase beteiligen sich die anderen Gemeinden noch nicht finanziell am Angebot in Windisch. Im Gegenteil: Auf regionaler Ebene wurde ein neues Angebot geschaffen, das Windisch mitfinanzieren soll. Wir unterstützen die offene Jugendarbeit in Windisch, aber keine weiteren Konzeptarbeiten. Deshalb lehnen wir diesen Kredit ab.

Philipp Umbricht (FDP): Auch diesen Entscheid haben wir bewusst gefällt. Unsere Meinung hat sich nicht geändert, wir lehnen diesen Kredit ab. Ich zitiere aus der Botschaft: "Gleichzeitig hat das Gremium beschlossen sich in Zusammenarbeit mit dem Verein VJF im Jahr 2015 nochmals mit einer möglichen Regionalisierung der Jugendarbeit, neu unter dem Titel „Regionale Jugendarbeit Windisch-Eigenamt auseinanderzusetzen.“ Daraus schliesse ich, dass trotz dieser langen Zeit noch keine Lösung vorliegt, welche den Begriff „Regionale Jugendarbeit“ verdient. Es ist Zeit einen Schlussstrich zu ziehen, was mit dem Streichungsentscheid im Oktober geschehen ist, und uns verstärkt für die eigene Jugendarbeit einzusetzen.

Ruedi Kümmin (EVP): Ein schwieriges Geschäft, meine Haltung ist geteilt. Einerseits anerkenne ich die Wichtigkeit der Regionalen Jugendarbeit. Es wurden in den letzten Jahren ein grosser Arbeitseinsatz geleistet und erhebliche Mittel investiert. Es ist viel entstanden und in Bewegung geraten. Andererseits hat sich die Ausgangslage verändert. Im Eigenamt wird ein Jugendarbeiter mit einem Pensum von 50% angestellt. Es ist verfrüht, einen Kredit ins Ungewisse zu bewilligen. Windisch hat seine Aufgaben für die Regionale Jugendarbeit mehr als erfüllt, auch wenn wir jetzt allenfalls den Lead verlie-

ren. Gut sind nun die anderen Gemeinden gefordert. Windisch sollte sich weiterhin an den Verhandlungen mit den Eigenamtsgemeinden beteiligen. Im Herbst 2015 kann dem Einwohnerrat wieder eine Botschaft vorgelegt werden, welche konkret über die Inhalte und die Kostenbeteiligungen informiert. Wir lehnen den Kredit ebenfalls ab.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Ich nehme die Voten mit Bedauern zur Kenntnis. Beim Start des Prozesses war das Ziel, dass sich Hausen und Mülligen an der offenen Jugendarbeit Windisch finanziell beteiligen. Der Prozess dauerte fünf Jahren und wir waren zuversichtlich, dass er positiv abgeschlossen werden kann. Unsere Kosten für die offene Jugendarbeit konnten nicht auf verschiedene Gemeinden aufgeteilt werden. Die aufzuteilenden Kosten waren zu hoch, deshalb musste nach einer Lösung für eine geringere Kostenbeteiligung gesucht werden. Der Einwohnerrat kommt zum Schluss, dass er die Offene Jugendarbeit mit einem Pensum von 80% weiter finanzieren will. Barbara Scheidegger hat erwähnt, dass keine Bewegungen von Windisch ins Eigenamt erfolgen. Weil Windisch Oberstufenzentrum ist, gehen auch Jugendliche aus Windisch ins Eigenamt. Keine Bewegungen finden in Richtung Brugg statt, deshalb ist Brugg aus dem Projekt ausgestiegen. Philipp Umbricht muss ich entgegenhalten, dass in diesen fünf Jahren viel Gutes entstanden ist. Die Jahresberichte von Annina Friz in den letzten 2 ½ Jahren belegen dies mehr als deutlich. Wie sich Ruedi Kümin das weitere Vorgehen vorstellt, ist mir nicht klar. Der Antrag des Gemeinderates lässt alle Möglichkeiten offen. Er lässt zu, dass wir uns am Projekt wieder beteiligen, aber auch, dass wir abbrechen, wenn das Vorgehen für eine professionelle Regionale Jugendarbeit nicht unseren Vorstellungen entspricht. Der beantragte Kredit wird nicht einfach ausgegeben, nur weil er genehmigt ist. Der Beschluss beinhaltet den Vorbehalt, wie ursprünglich vorgesehen, dass die Regionalisierung mit dem Verein VJF weiter bearbeitet wird. Mit einer Annahme des Antrages vergibt sich der Einwohnerrat nichts.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 13 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Verpflichtungskredit für den Gemeindebeitrag 2015 an das Regionale Jugendkonzept von CHF 37'440.00 wird abgelehnt.

6 2015.12

Kreditabrechnung Abfallsammelstelle Fehlmannmatte

(gemeinderätliche Botschaft vom 08. Dezember 2014)

Bruno Graf, Sprecher FiGPK (SP): Versehentlich wurde der Bericht der FiGPK über die Prüfung nicht zugestellt. Die Kreditabrechnung ist in Ordnung und kann genehmigt werden.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Umbricht (FDP): Drei Bemerkungen: Die Unterschreitung ist positiv. Negativ sind die verspätete Zustellung der Botschaft und dass nicht realisiert wurde, was wir bewilligt haben. Der Standort der Sammelstelle ist dort, wie es die FDP gefordert hat.

Andrea Höbel (CVP): Wertes Publikum, nimmt uns das jemand „krumm“? Unter Niveau ist das System, aber praktisch und sehr bequem. Mit dem System Unterflur fördern wir eine saubere Natur. Nach heutigen Beobachtungen am Projekt: Es ist noch nichts defekt. Die Frage nach Infotafeln verstummt schon bald, brauchen wir einen Schilderwald? Die Klosterzelgstrasse als neuer Standort, er gibt viele positive Worte. Werden weitere Sammelstellen saniert, Windisch optisch profitiert. Und zuletzt ist nicht unbestritten, wir haben einen Kredit unterschritten. Nach diesen Gedanken bin ich nicht mehr besorgt, denn „prost“ diese Flasche wird korrekt entsorgt. Die CVP stimmt der Kreditabrechnung zu und ich gebe jetzt Ruh!

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Sammelstelle Fehlmannmatte“ wird genehmigt.

7 2015.10

Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Bis jetzt wurden keine Wahlvorschläge eingereicht. Gibt es heute Wahlvorschläge?

Barbara Scheidegger (CVP): Zusammen mit der FDP stelle ich einen Kandidaten vor, welcher zur Mitarbeit in der FiGPK bereit ist. Es war schwierig jemanden zu finden, deshalb folgt dieser Wahlvorschlag so spät. Bruno Kaufmann hat Peter Hartmann für die Mitarbeit in der FiGPK angefragt. Er ist bereit unter der Bedingung, dass er als Parteilos in der Kommission mitarbeitet, keine anderen Kandidaten nominiert sind und keine Kampfwahl notwendig ist. Ich stelle Peter Hartmann kurz vor. Er wohnt mit seiner Frau am Pappelweg 5. Er ist am 12. Dezember 1950 in Meilen zur Welt gekommen, hat dort die Schulen besucht und in Schlieren eine KV-Lehre absolviert. 1977 ist er nach Windisch gekommen, und hat zuerst in der Breite 14, dann in der Breite 4 gewohnt. Am 11. April 1981 hat er das Buchhalterdiplom erworben. Von 1975 bis 2011 hat er in verschiedenen Funktionen zuerst bei der BBC, später bei der ABB, gearbeitet, ab 1989 in Zürich. Für die Gemeinde war er bereits viele Jahre aktiv. Von 1982 bis 2000 in der Feuerwehr und in der Kommission als Fourier. Er war Präsident des Boccia-Clubs Vindonissa, heute ist er im Vorstand des Forums 60Plus. Er hat viele Hobbys, im Sommer speziell die Brienzer Rothornbahn. Mit seinem beruflichen Hintergrund eignet sich Peter Hartmann bestens zur Wahl als Mitglied der FiGPK. Diese muss als Fachkommission keine politischen Entscheide treffen, deshalb ist es kein Hindernis, Peter Hartmann als parteilos zu wählen. Wir empfehlen Peter Hartmann zur Wahl.

Martin Schibli (EVP): Ich unterstütze diese Wahl. Peter Hartmann war Präsident des Badminton-Clubs.

Philipp Umbricht (FDP): Wie Barbara Scheidegger bereits erwähnt hat, war es sehr schwierig jemanden für diese Aufgabe zu finden. Infolge eines anderen Termins kann Peter Hartmann nicht anwesend sein.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	35
Eingelegte Stimmzettel	35

Leere Stimmzettel	4
Ungültige Stimmzettel	2
In Betracht fallende Stimmzettel	29

Absolutes Mehr 15

Stimmen haben erhalten:

Peter Hartmann 29

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:
Peter Hartmann (parteilos)

8 2015.11

Ersatzwahl Präsidium Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Paul Bitschnau (SP): Wir schlagen als Präsident Bruno Graf vor. Bruno Graf ist 55 Jahre alt und wohnt seit rund 30 Jahren in Windisch. Seit 2014 ist er im Einwohnerrat und in der FiGPK. Er ist Leiter des RAV in Suhr und hat rund 50 Mitarbeitende unter sich. Er ist eine äusserst ausgleichende Führungspersönlichkeit, hat sich aber viel mit Finanzen beschäftigt. Zwischen 2007 bis 2009 war er als Leiter „Beschaffung Finanzen“ für Kurs und Beschäftigungsmassnahmen beim RAV mit einem Volumen von ca. 30 Mio. Franken tätig. Bruno Graf ist in Windisch verwurzelt, er ist aktiv in Vereinen, viele kennen ihn vom FC her. Wir empfehlen Bruno Graf als kompetenten Finanzfachmann zur Wahl als Präsident der FiGPK.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	35
Eingelegte Stimmzettel	35
In Betracht fallende Stimmzettel	35

Absolutes Mehr 18

Stimmen haben erhalten:

Bruno Graf (SP): 35

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt: Bruno Graf (SP)
--

9 2015.02

Motion Christian Locher, (SVP) betreffend Projektbezogenes Qualitätsmanagement; Überweisung

Bernhard Stüssi (SVP): Die Motion entstand mit dem Hintergrund, dass Probleme, wie bei der Sanierung des Bezirksschulhauses, frühzeitig erkannt und darauf reagiert werden kann.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Was bedeutet eine Motion? Wann ist etwas motionswürdig? Ich erlaube mir, den Text zu zitieren, damit verständlich wird, weshalb der Gemeinderat diese Motion nicht entgegen nehmen möchte: „Jedes Mitglied des Einwohnerrates kann in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfes beim Präsidenten schriftlich die Behandlung von Gegenständen verlangen, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrates fallen.“ Der Gemeinderat hat die Schwachpunkte erkannt und entsprechende Massnahmen eingeleitet. Den Personalwechsel und die etwas ruhigere Phase beim Bau haben wir genutzt, um die Abläufe und Kompetenzen besser zu regeln. Der Gemeinderat arbeitet an einer Optimierung der Vorgehensweise. Dies liegt in der Kompetenz des Gemeinderates, natürlich in Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat, welcher seine Meinung dazu äussern kann. Es ist aber nicht möglich, dass sich die Stimmberechtigten zum Vorgehen bei einem Projekt äussern. Der Gemeinderat bittet die Motion in ein Postulat umzuwandeln und ist bereit, dieses zu übernehmen.

Bernhard Stüssi (SVP): Wir sind mit der Umwandlung einverstanden.

Martin Weber (SP): Ich zitiere aus der ehemaligen Motion: „Mit dem frühzeitigen Erkennen von Gefahren in der Projektierungs-Phase und den entsprechenden Massnahmen, wird die Qualität, Kostensicherheit und der Mitarbeiterschutz erhöht.“ Dies ist selbstverständlich, wer soll gegen dieses Anliegen sein? Wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat entsprechend handelt. Das Anliegen rennt offene Türen ein. Die Bearbei-

tung einer Motion verursacht für den Gemeinderat und die Verwaltung viel zusätzliche Arbeit. Deren Belastung ist bereits hoch genug.

Weiter unten steht: „Konzept über ein Projektbezogenes Qualitäts-Management (PQP).“ Diesen Begriff kenne ich nicht. Er löst bei mir eher Assoziationen, denn Aktionen aus. Der Begriff tönt so professionell, dass ich mir nicht sicher bin, ob dieses Konzept aus eigenen Kräften durch Gemeinderat und Verwaltung erarbeitet werden kann. Allenfalls muss ein externes Büro beigezogen werden, welches wieder Kosten auslöst. Unklar ist mir auch das Verhältnis der Motion zum Projekt des Gemeinderates für ein internes oder flächendeckendes Kontrollsystem. Dieses wird bereits bearbeitet, Doppelspurigkeiten sind zwingend zu vermeiden. Die Umwandlung in ein Postulat können wir unterstützen.

10 2015.01

Motion Robert Kamer (FDP) betreffend Wirtschaftliche Gesundung der Gemeinde Windisch; Überweisung

Robert Kamer (FDP): Ich verweise auf den Antrag von Philipp Umbricht vom 22. Oktober 2014 für die Dringlichkeitserklärung. Der Gemeinderat hat den Prozess bereits in Angriff genommen und verschiedene Mitglieder des Einwohnerrates sind involviert. Ich habe dies mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Ich nutzte die Gelegenheit, um nochmals etwas zurückzublenden. Seit 2006 beschäftigen uns die Finanzen auf allen Ebenen intensiv. Mit unseren Finanzworkshops haben wir schon viel erreicht. Wir diskutieren und erarbeiten gemeinsam eine Strategie für das weitere Vorgehen. Der Gemeinderat scheut sich nicht vor dieser Auseinandersetzung. Er hat bereits 2012/2013 angekündigt, dass nach dem APK-Entscheid wieder Finanzworkshops notwendig sind. Dieser Prozess wurde im Dezember gestartet. Jede Fraktion hat eine Vertretung, ebenso die FiGPK und die FiPlakommission. Der Gemeinderat hat sich wieder für eine externe Moderation der Workshops entschieden. Jemand der neutral die Diskussionen für konstante, tragfähige Lösungen führt. Lösungen, die nachher im Einwohnerrat entsprechende Unterstützung erhalten. Wir sind nicht tatenlos. Die Verwaltung hat nach wie vor den Auftrag, den Umfang und die Notwendigkeit von Dienstleistungen zu prüfen. So gibt es immer wieder neue Möglichkeiten, Mittel einzusparen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass Windisch über eine sehr gute Verwaltung verfügt. Eine Verwaltung, die nach wie

vor mitträgt. Philipp Umbricht hat den Entscheid der Nationalbank bereits erwähnt. Mit den damit verbundenen Auseinandersetzungen, Spannungen leben wir schon lange. Trotz unserer schwierigen Situation gelingt es, freierwerdende Stellen in relativ kurzer Zeit wieder zu besetzen. Ist dies nicht möglich, arbeiten wir mit Übergangslösungen. Für den Gemeinderat ist diese Situation nicht selbstverständlich. Wir stehen seit Jahren im Blickpunkt und haben trotzdem fachlich gutes Personal, welches Verständnis für die Situation hat. Im Weiteren ist der Prozess für das räumliche Entwicklungsleitbild im Gange, welches schlussendlich mit der Revision der BNO endet. Von diesem Prozess erhoffen wir uns Angaben wie es weitergehen soll, aber auch, wie die Situation finanziell tragbar gestaltet werden kann. Der Gemeinderat wird im März eine Vorlage unterbreiten und ich habe bereits gehört, dass über den hohen Kredit Unverständnis herrscht. Die Schulraumplanung ist ein zentrales Thema für Windisch. Wir müssen eine sorgfältige Auslegeordnung machen, was wir immer benötigen, was wir örtlich benötigen und vor allem wie es finanziert werden kann. Der Gemeinderat steht mitten in diesem Prozess. Bei Auflage der aktuellen Finanzplanung haben wir klar kommuniziert, dass wir in einer Übergangsphase sind. Wir sind nicht bereit, provokative Beiträge in die Finanzplanung aufzunehmen. In den Finanzworkshops wollen wir gemeinsam einen Weg finden, wie wir die Gratwanderung in dieser schwierigen finanziellen Situation, meistern können.

Für den Gemeinderat stellt sich auch bei diesem Anliegen die Frage: Ist es motionswürdig? Bisher haben wir die Diskussionen immer mit dem Einwohnerrat geführt. Der Gemeinderat wehrt sich gegen diese Motion, wäre aber bereit ein Postulat zu übernehmen.

Robert Kamer (FDP): Immerhin ist die finanzielle Problematik erkannt. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir die gleiche Meinung haben. Die Aussage „kann nicht durch wahnhaftes Sparen“ hat mich irritiert. Ich halte an der Form der Motion fest.

Fredy Bolt (SP): Wir lehnen die Überweisung ab. Heidi Ammon hat die Argumente bereits genannt. Unbestritten ist unsere finanzielle schwierige Situation. Unbestritten ist auch, dass die Ausgaben überprüft werden. Aber, wir können uns nicht zu Tode sparen. Diese Motion konzentriert sich tendenziell nur auf die Ausgaben, die Einnahmen werden weggelassen. Es wäre Zeit, wieder einmal über die Einnahmen zu diskutieren. Wir können uns die Verschuldung leisten, nur sollten wir das Glück nicht herausfordern. Es gilt langfristig zu denken und auf die nächste Budgetperiode vorzuschauen. In den Finanzworkshops setzen wir uns mit der finanziellen Lage auseinander. Wir

müssen uns über die mittelfristige Entwicklung Gedanken machen. Es ist falsch, die Finanzworkshops mit einem neuen Gremium zu konkurrenzieren, welches wieder die gleichen Punkte diskutiert und in den gleichen Punkten uneinig ist. Für die längerfristige Entwicklung müssen wir in eine andere Richtung gehen. Es gilt Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einem quantitativen Wachstum führen. Die Revision der BNO ist ein Ansatzpunkt. Ich muss es erwähnen: Der Bund spart bei den Kantonen, diese sparen auf Kosten der Gemeinden, die Letzten in dieser Ernährerkette. Die Versuchung ist gross, dass man sich selber auffrisst. Dieser Versuchung müssen wir entgehen, wir lehnen die Überweisung ab.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat lehnt mit 14 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen die Überweisung der Motion von Robert Kamer (FDP) betreffend Wirtschaftliche Gesundung der Finanzen ab.

11 Beantwortung von gestellten Fragen

Paul Bitschnau (SP)

Kleine Anfrage betreffend Auswirkungen der Leistungsanalyse des Grossen Rates (Beschluss vom 25.11.2014)

Heidi Ammon, Gemeindeammann, (SVP): Der Gemeinderat wird diese Anfrage beantworten, es ist aber nicht fristgerecht möglich. Einerseits sind verschiedene Abteilungen involviert, wir haben teilweise noch keine Informationen erhalten, andererseits folgt eine Volksabstimmung. Der Gemeinderat wird die Antworten bei den Finanzworkshops und der Finanzplanung berücksichtigen. Wir können davon ausgehen, dass 2015 noch keine Mehrkosten anfallen. Sollte es trotzdem dazu kommen, wird der Gemeinderat darüber informieren. Ich bitte um Entschuldigung, dass wir die Anfrage im Moment nicht fundiert und präzise beantworten können.

Paul Bitschnau (SP): Ich kann dies so akzeptieren. Ich wünsche, dass die Anfrage offiziell hier im Rat beantwortet wird. Eine Information und Behandlung in den Finanzworkshops genügt mir nicht.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Wir gehen davon aus, dass die Anfrage im März beantwortet werden kann.

12 Mitteilungen des Gemeinderates

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): „Sich gemeinsam Gehör zu verschaffen“, so hat der Gemeinderat 2012 finanzschwache Gemeinden für eine Zusammenarbeit angefragt. Aarburg, Birr, Kölliken, Neuenhof, Niederlenz, Oftringen, Strengelbach, Suhr und Windisch haben sich in der Zwischenzeit zur IG für einen fairen Finanz- und Lastenausgleich zusammengeschlossen. Wir vertreten in der Zwischenzeit 68'500 Aargauerinnen und Aargauer. Mit diesem Slogan haben wir in der kantonalen Arbeitsgruppe bei der Ausgestaltung des neuen Finanz- und Lastenausgleichs aktiv mit gearbeitet. Im Dezember kam der Anhörungsbericht „Optimierung der Aufgabenteilung im Kanton und der Gemeinden und Neuordnung des Finanzausgleichs“ in die Vernehmlassung. Die IG hat zu den Bereichen Mindestausstattung und Sozialkosten, welche die Gemeinden pro Fall selber zu tragen haben, Stellung genommen. Diese werden vom Kanton festgelegt. Die über diesen Betrag hinausgehenden Kosten, werden anschliessend pro Einwohner verteilt. Der Betrag ist im Moment bei Fr. 40'000.00 fixiert, die IG setzt sich für eine Plafonierung ein. Die Gemeindeammännervereinigung strebt eine Erhöhung auf Fr. 60'000.00 an. Alles andere als optimal für uns, wir haben nur wenig Fälle, welche so grosse Kosten verursachen. Nicht glücklich sind wir über den Bildungsausgleich. Der Sozialbereich wird nicht berücksichtigt, umfasst nur allgemeine Rahmenbedingungen. Überhaupt nicht berücksichtigt wurden die Pflegefinanzierung und die Spitexkosten. Die IG-Gemeinden erachten den Vorschlag für den neuen Finanz- und Lastenausgleich als ein Weg in die richtige Richtung mit guten Ansätzen. Ganz wichtig ist, dass der Finanz- und Lastenausgleich eine klare Zuteilung beinhaltet und verständlich ist. Dieses Ziel wurde erreicht. Die IG wird ihre Stellungnahme in den nächsten Tagen verabschieden und in der Presse informieren. Wir sind bereit, unsere Anliegen auf dem politischen Parkett zu vertreten und uns aktiv einzugeben. Wir hoffen, dass wir in der Debatte des Grossen Rates das eine oder andere noch bewirken können. Windisch befindet sich in den schwierigsten Jahren, der Gemeinderat hat mehrmals informiert, dass die Jahre 2014, 2015, 2016 sehr schwierig sein werden. In meiner Antrittsansprache habe ich mir gewünscht, dass der Einwohnerrat diskutiert und nicht nur Beschlüsse fasst. Wir sind auf einem guten Weg, Fakten auszutauschen und zu diskutieren.

Ich habe noch einen Wunsch in Bezug auf unsere Zusammenarbeit. Ich war gestern an einer Weiterbildung, eine Übung mit einem Spiegel hat mich angesprochen. Es lohnt sich, ab und zu in den Spiegel zu schauen. Was ich sehe, ist dies richtig, stimmt dies mit meiner Person überein? Als Gemeindeammann schaue ich den Spiegel und frage mich, entscheide ich zum Wohle von Windisch? Es ist mein Wunsch, dass alle bei ihren Entscheidungsfindungen hin und wieder bewusst in den Spiegel schauen. Was mich etwas beunruhigt, ist, dass auf sehr spitzen Ebenen zu einem Thema einmal Ja, das nächste Mal aber Nein sagt. Mein Wunsch wäre, dass man aufgrund der vielen kleinen Spitzen zugunsten eines ganz grossen Spitzes, wirklich zum Wohl der ganzen Gemeinde denkt und handelt. Parteipolitik ist ein Punkt, der Gemeinderat muss darüber stehen, er muss für das Wohl der Gemeinde sorgen. Ich wünsche mir, dass Sie ab und zu einmal in den Spiegel schauen und sich fragen, bin ich mir wirklich treu, ist das wirklich das was ich für die Gemeinde möchte?

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Ich bin überzeugt, dass sich der Rat diesen Herausforderungen stellt.

Christof Haefeli, Gemeinderat (SP): Zum Treffpunkt Integration: Wir planen zwei Workshops. Der erste Workshop findet mit Brugg und Birr statt, welche den Treffpunkt bereits mitfinanzieren. Wir wollen diese überzeugen, den Treffpunkt weiterhin stark mitzutragen. Ein zweiter, kleinerer Workshop wird für die kleineren Gemeinden durchgeführt. Wir sehen Chancen, dass diese die Dienstleistungen benötigen. Dabei sind z.B. Gebenstorf, Lupfig, Riniken, Villnachern, Hausen und Remigen. Diese Gemeinden wollen wir den Treffpunkt Integration vorstellen und sehen, was möglich ist.

13 Neueingänge

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 28. Januar 2015

Seite:
168

Treffpunkt: Restaurant Waage

EINWOHNERRAT WINDISCH
Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: